

SKM

PRESSEMITTEILUNG

Regelanfrage? Nein Danke!

Die Schüler:innenkammer Hamburg spricht sich ganz klar gegen die geplante Einführung der Regelanfrage im öffentlichen Dienst aus und empfiehlt der Hamburgischen Bürgerschaft, den Entwurf nicht zu beschließen.

Wir kritisieren weder die Intention, den öffentlichen Dienst vor verfassungsfeindlichen Einflüssen zu schützen, noch die Legitimation dieser. Wir kritisieren ausschließlich die Methode, welche zur Erreichung dieses Ziels gewählt wurde.

Denn aus unserer Sicht besteht vor allem die Gefahr, dass die Regelanfrage eine abschreckende Wirkung auf politisches und gesellschaftliches Engagement entfalten und das Bild vermitteln könnte, dass dieses das Potential hat, der eigenen beruflichen Zukunft zu schaden.

Das ist ein Problem, denn gerade im Bildungsbereich ist eine demokratische Haltung bei der pädagogischen Arbeit von zentraler Bedeutung. Schulen müssen Orte sein, an denen wir dazu befähigt werden, uns an unserer Demokratie zu beteiligen. Dafür müssen die Lehrkräfte uns nicht nur Demokratische Werte auf dem Papier vermitteln können, sondern auch mit ihrer Haltung. Eine Kultur der Zurückhaltung aus Angst vor möglichen Nachteilen könnte deshalb diese demokratische Bildungsarbeit schwächen.

Wir Schüler:innen werden dazu ermutigt, uns mit gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen, Verantwortung zu übernehmen und demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten. Eine Regelung, die bei angehenden Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften und uns Schüler:innen Unsicherheit über mögliche Konsequenzen unseres Engagements erzeugen kann, steht diesem Ziel entgegen.

„Eine Demokratie lebt davon, dass Menschen sich einbringen. Wenn wir lernen, dass unser Engagement möglicherweise negative Folgen für unsere Zukunft haben könnte, verlieren wir nicht nur unsere Stimmen – wir schwächen demokratische Teilhabe insgesamt.“



Pia Langer, Vorsitzende der Schüler:innenkammer Hamburg



„Wer junge Menschen zu kritischem Denken erzieht, darf politisches Engagement nicht gleichzeitig unter Generalverdacht stellen. Demokratie braucht Beteiligung, nicht Abschreckung.“

Angelo Kwarteng, Stellv. Vorsitzender der Schüler:innenkammer Hamburg